



Im Rahmen des Aufstellungserlasses Katastrophenschutz (AufstEriKatS), in dem das Land Sachsen-Anhalt Grundsätze und Gliederungen für die zukünftige Gefahrenabwehr bei Großschadenslagen definiert hat, wurde mit der Strukturierung und personellen Zuordnung des Fachdienstes ABC begonnen. Eine von der Feuerwehr Halle (Saale) erarbeitete Grundkonzeption legt die technische und personelle Umsetzung der vorgegebenen strukturellen Komponenten dar. Zukünftig wird der Fachdienst ABC in eine Führungsstaffel sowie in 3 Züge „Messen“, „Einsatz“ und „Dekon“ gegliedert. Eine zentrale Position nehmen dabei die Führungs- und Einsatzkräfte der Feuerwache Süd ein. Spezialisierten der Berufsfeuerwehr werden als Führungskomponente und Ausbilder ihren Beitrag leisten, um die Sicherheit der Bevölkerung auch bei Großschadenslagen zu gewährleisten. Viele Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr haben sich bereits in den letzten Jahren Erfahrungen in der ABC Erkundungseinheit sowie in der Zentralen Messeinheit Halle(Saale) erarbeitet. Auf die theoretischen und praktischen Fähigkeiten der ehrenamtlichen Helfer soll nun aufgebaut werden. Die Qualifizierung und Ausbildung der Basiskomponenten der einzelnen Züge wird mit Ausnahme der Grundlehrgänge auf der Südwache durchgeführt. Jede der drei Wachabteilungen wird sich auf ein Spezialgebiet konzentrieren und die zugeordneten Kräfte theoretisch und praktisch ausbilden. Heute führten die zukünftigen Ausbilder des Zuges „ABC Einsatz“ eine mehrstündige Fortbildung durch. Schwerpunkt waren taktisch/technische Daten und Einsatzmöglichkeiten der zur Verfügung stehenden Gefahrgutpumpen und Aggregate. Der Aufbau von unterschiedlichen Fördersystemen konnte erfolgreich durchgeführt werden. Die fortlaufende Aus- und Fortbildung der zukünftigen Ausbilder sollen ein hohes Niveau für zukünftige Ausbildungsmaßnahmen sicherstellen. Die Verantwortlichen des Fachdienstes ABC gehen davon aus, dass die Strukturierung, Ausbildung und technische Ausstattung viel Kraft, Zeit und Geld kosten wird. Doch jede Anstrengungen sind gerechtfertigt, wenn es um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger geht.